



Elektromobilität - Hendricks fordert zusätzliche Impulse zur Marktentwicklung der Elektromobilität

Elektromobilität - Hendricks fordert zusätzliche Impulse zur Marktentwicklung der Elektromobilität
Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat das Ziel der Bundesregierung von 1 Million Elektroautos bis 2020 bekräftigt, zugleich jedoch weitere große Anstrengungen von Industrie und Politik gefordert, um es zu erreichen. Bei der Diskussion über geeignete Maßnahmen dürfe es keine Denkverbote geben. Zur Unterstützung einer schnellen Marktdurchdringung mit Elektrofahrzeugen sei auch der zeitlich begrenzte Einsatz öffentlicher Mittel gerechtfertigt, sagte Hendricks bei einem parlamentarischen Abend der Parlamentsgruppe Elektromobilität in Berlin. Der langfristige Nutzen werde die Kosten solcher zeitlich befristeten Anreize im Erfolgsfall deutlich übersteigen, sagte Hendricks. Zur Erreichung des 1-Million-Ziels müssten breitere Käufergruppen erreicht werden. Dies könne nur gelingen, wenn die bestehende Kostenlücke zu den konventionellen Fahrzeugen verkleinert werde. Hendricks sagte, sie könne sich vorstellen, zu diesem Zweck u.a. die Bemessungsgrundlage der Dienstwagensteuer für E-Fahrzeuge zu verringern. Das würde sie für Dienstwagen-Nutzer deutlich attraktiver machen. Wenn wir die Dienstwagennutzer erreichen, könnte dies einen Gebrauchtwagenmarkt für Elektrofahrzeuge begünstigen. Finanzielle Anreize alleine reichten jedoch nicht aus, so die Ministerin. Keine wie auch immer gearteter Anreiz wird potenziellen Kundinnen und Kunden zum Beispiel die so genannte Reichweitenangst oder die Sorge vor einer Umstellung der Nutzungsgewohnheiten nehmen. Das wird nur mit offensiver Information durch die Hersteller und Verkäufer gelingen. Außerdem seien Erleichterungen bei der Einrichtung von Ladestationen in Mehrfamilienhäusern, etwa in Tiefgaragen, sinnvoll. Ich werde hier den Vorschlag machen, Erleichterungen im Wohnungseigentumsrecht zu schaffen, sagte Hendricks. Die derzeit hohen Kosten der Elektrofahrzeuge können vor allem mit zwei Stellschrauben reduziert werden: Zum einen durch die Realisierung von Skaleneffekten durch eine große Zahl an verkauften Fahrzeugen, zum anderen durch weitere kostenoptimierende Entwicklungsleistung. Experten gehen davon aus, dass z.B. beim Plug-In-Hybrid eine Verringerung der Zusatzkosten um 75 Prozent erzielt werden kann. Damit würde ein Benzin-Plug-In-Hybrid das Preisniveau des Diesels erreichen. Anschaffungsmehrkosten in einer solchen Größenordnung könnten bei einem großen Teil der Pkw-Nutzer durch entsprechende Einsparungen bei den Betriebskosten kompensiert werden. In den einschlägigen Klimaschutzszenarien auf nationaler und internationaler Ebene ist ein hoher Anteil an Elektromobilität zentrale Voraussetzung zur maßgeblichen Reduzierung der CO2-Emissionen im Verkehr. Gleichzeitig kann durch Elektroantriebe der Energieverbrauch im Verkehr und die Abhängigkeit von Erdölimporten erheblich reduziert werden. Aus diesen Gründen hat die Bundesregierung im Rahmen des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 und des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz am 3. Dezember 2014 beschlossen, die Rahmenbedingungen für eine schnelle Markteinführung und das Erreichen des Ziels von 1 Mio. Elektrofahrzeuge bis 2020 zu schaffen. Das BMUB auf Twitter: @bmub
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: presse@bmub.bund.de
http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=591959" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigenkommissionen beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.